



Schulangebot muss wohnortnah bleiben

Bedingt durch den demografischen Wandel, aber auch durch die unnötige Einführung des Abiturs nach 12 Jahren, ergeben sich erhebliche Probleme, gerade im ländlichen Raum ein wohnortnahes Schulangebot für alle Bildungsgänge anbieten zu können. In der Region Medebach/Hallenberg werden derzeit verschiedene Modelle diskutiert, die jedoch zu einem verstärkten Schultourismus führen.

Ein Modell welches sich beim Blick über die Landesgrenzen nach Hessen in ähnlicher Form dort bewährt hat ist nicht in der Diskussion, die Gemeinschaftsschule. Dieses Modell hätte gerade für die ländliche Region viele Vorteile, die schwarz-gelbe Landesregierung will es jedoch nicht, weil sie gegen den Rat vieler Experten am dreigliedrigen Schulsystem festhalten will. Bei der FDP scheinen aber bereits die ersten begriffen zu haben, dass dieser Weg keine Zukunft hat.

Die Gemeinschaftsschule bietet alle Bildungsgänge - vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur - unter einem Dach an. Das bedeutet zunächst, dass alle Kinder nach der Grundschule in der Klasse 5 und 6 der Gemeinschaftsschule weiter gemeinsam lernen. Frühestens ab Klasse 7 werden die Schüler in Haupt-, Real- oder Gymnasialklassen getrennt unterrichtet. Eltern, Lehrer, Schüler und Kommunen können gemeinsam entscheiden, dass alle Kinder und Jugendlichen auch nach der Klasse 6 weiterhin bis Klasse 10 gemeinsam Unterricht erhalten. Für die Gemeinschaftsschule gilt jedoch: Es gibt eine gemeinsame Schulleitung und ein gemeinsames Lehrerkollegium unter einem Dach. Die Gemeinschaftsschulen, die nicht genug Schüler für eine Oberstufe haben, können in Kooperation mit anderen Gemeinschaftsschulen ein Oberstufenzentrum gründen.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule soll pragmatische, ortsgenaue Lösungen ermöglichen. Deshalb sollen Eltern, Schulen und Kommunen bei der Ausgestaltung der inneren Organisation gemeinsam entscheiden. Die Gemeinschaftsschule bedeutet Vielfalt unter einem Dach, in der alle Kinder ihren Begabungen,

Neigungen und Talenten entsprechend individuell gefördert werden.

Vorteile für Medebach: Keine weiteren Schulwege, und eine mehrheitliche Rückgewinnung von Schülern die jetzt wegen des fehlenden Realschulzweigs nach Hessen auspendeln.

Gespannt darf man sein, welche neuen Vorschläge nun in der gemeinsamen Ratssitzung Medebach und Hallenberg am 27.11.2007 auf den Tisch kommen. Zu befürchten ist, dass ein beharren gerade der Landes-CDU am dreigliedrigen Schulsystem sinnvolle Alternativen ausschließt.

Dabei ist die Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung auch in anderen Bereichen zutiefst ungerecht. Höhere Kindergartenbeiträge, Abschaffung der Grundschulbezirke, Aushebelung des Elternwillens, weniger statt mehr Durchlässigkeit unseres Schulsystems durch Abschottung des Gymnasiums mit dem Abitur nach 12 Jahren und die Einführung von Studiengebühren belegen dieses.

Von entscheidender Bedeutung ist für Medebach, dass vor Ort ein gutes Schulangebot bestehen bleibt, sonst wird der Standort Medebach dauerhaft geschwächt.

Marktplatz soll jetzt wieder begrünt werden

Nur drei Jahre nach Fertigstellung des neuen Marktplatzes wurde im Rat für knapp 10.000 € ein Planungsbüro beauftragt ein Begrünungskonzept für den Marktplatz und die Oberstraße auszuarbeiten. Die eigentliche Begrünung des Marktplatzes wird weitere Steuergelder kosten. Auch wenn für das Begrünungskonzept ein 50 % Zuschuss von der EU gewährt wird, muss die Frage erlaubt sein, wie weitsichtig in den letzten Jahren Politik betrieben wurde. Einen „grünen“ Marktplatz hatten wir ja über Jahrzehnte - er musste bekanntlich einer zeitgenössischen Betonlandschaft weichen. Nun gab es damals schon Stimmen die monierten, dass es schon ein wenig mehr grün hätte bleiben können. Wir meinen, hätte man damals gleich etwas zukunftsweisender geplant, wäre eine Begrünung im Rahmen der Neugestaltung sicherlich kostengünstiger zu realisieren gewesen. Es bleibt zu hoffen, dass beim Bau des neuen Rathauses nicht ähnlich kurzfristig geplant wird.

Mindestlohn für Briefträger

CDU bricht Zusagen und duldet damit weiter Lohndumping durch private Postunternehmen

In Deutschland werden die Arbeitsbedingungen traditionell von den Tarifpartnern im Rahmen der Tarifautonomie festgelegt. Aber aufgrund abnehmender Tarifbindung und einem verschwindend kleinen Anteil allgemeinverbindlicher Tarifverträge werden in immer mehr Branchen und Regionen Löhne bezahlt werden, von denen ein Mensch, der Vollzeit arbeitet nicht leben kann.

Ein klassisches Beispiel dafür ist die Postbranche.

Die SPD möchte aus diesen Gründen, aber auch wegen der Fehlentwicklungen in anderen Branchen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einführen.

CDU und CSU lehnen dieses jedoch strikt ab. Sie sehen Arbeitsplätze gefährdet und einen Anstieg der Schwarzarbeit.

In den meisten EU-Ländern gibt es seit Jahren gesetzliche Mindestlöhne, die Befürchtungen der CDU konnten dort nicht festgestellt werden.

Unabhängig von einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn über alle Branchen, besteht im Postbereich ein dringender Handlungsbedarf, weil die Wettbewerber der Deutschen

Post das Modell „Lohndumping“ nutzen um an lukrative Aufträge zu kommen. Während man wegen geringer Lohnkosten mit niedrigen Briefentgelten Aufträge gerade von Behörden bekommt, muss die öffentliche Hand vielen Beschäftigten der privaten Zustelldienste zusätzlich Arbeitslosengeld II zahlen, weil der Lohn selbst bei einem Volltagsjob oftmals unterhalb des Sozialhilfeniveaus liegt.

Obwohl in Europa die meisten Postmärkte erst 2011 oder später geöffnet werden, hatten sich CDU/CSU und SPD im August darauf verständigt, den deutschen Postmarkt ab 2008 im Alleingang zu öffnen.

Als Ausgleich dafür sollte ein Mindestlohn für Briefträger dafür sorgen, dass es im Postbereich einen Wettbewerb um Leistungen, Qualität und Service und nicht um die billigsten Löhne gibt.

Ein zwischen der Gewerkschaft verdi und dem Arbeitgeberverband Postdienste e.V. daraufhin im September ausgehandelter Mindestlohn für Briefzusteller zwischen 8 und 9,80 € sollte nun über das Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden und damit den Mitarbeitern bei den privaten Postdiensten ein

angemessenes Einkommen sichern.

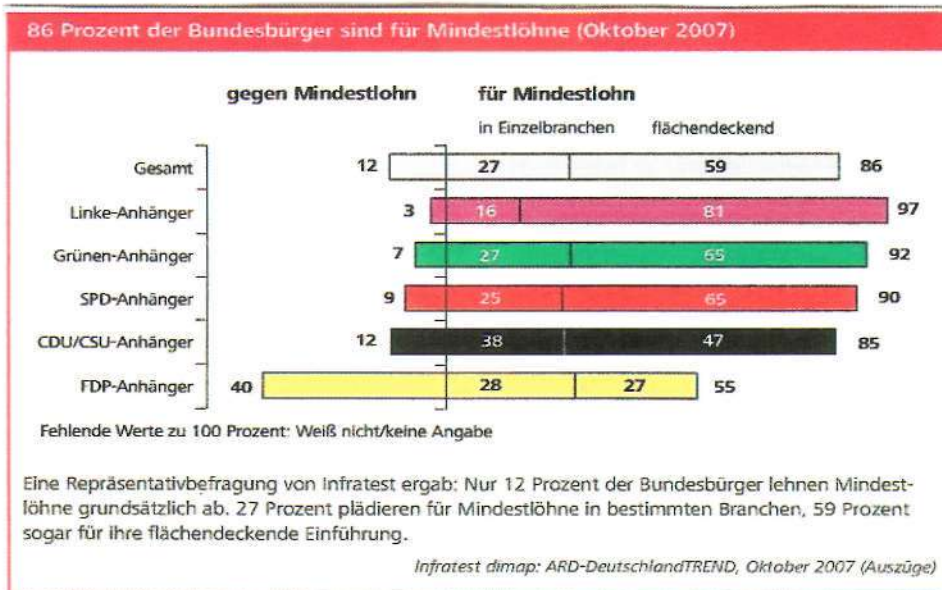


Nun hagelte es aber massiven Protest besonders vom größten Wettbewerber der Post, der zum Springerkonzern gehörenden PIN Mail AG. Springer und andere Zeitungsverlage verunglimpften in ganzseitigen Zeitungsanzeigen die Kanzlerin und den Arbeitsminister, da sie bei Einführung des Postmindestlohns ihre Profitchancen auf dem Postmarkt schwinden sahen. Bei der Union hat diese schäbige Medienkampagne gegen den Mindestlohn Wirkung gezeigt, denn am 19. November rückten CDU/CSU von ihren Zusagen zum Postmindestlohn ab und behauptete, ein Mindestlohn von 9,80 € sei zu hoch.

Fazit: Die Union betätigt sich als Lohndrücker von Briefträgern im Interesse von Großkonzernen.

Es bleibt nur zu hoffen, dass es in den nächsten Wochen doch noch gelingt, die CDU umzustimmen, denn Lohndumping kann eigentlich auch von der Union nicht gewollt sein - oder doch ??

Die SPD wird auch nach dem Rückzug von Franz Müntefering weiter gegen Lohndumping und für Mindestlöhne eintreten. Der Mindestlohn für Briefträger steht dabei ganz oben auf der Agenda.



Impressum:
Herausgeber: SPD Ortsverein Medebach vertreten durch den 1. Vorsitzenden Michael Hiemer, Glindfelder Weg 57, 59964 Medebach
Auflage: 4000
Satz: SPD Medebach
Druck: Krälling Druck, Siedlinghausen

Verschobener Ausbau der L 740

SPD fordert als Ausgleich schnellen Ausbau zum Gewerbegebiet

Die für diesen Sommer vorgesehene und dringende notwendige Sanierung der L 740 zwischen Medebach und dem Schloßberg ist bekanntlich einer Mittelumverteilung zugunsten eines Kyrill-Soforthilfeprogramms zum Opfer gefallen.

Während anderswo die für 2007 vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen des Landes überwiegend wie vorgesehen durchgeführt worden sind, musste eine Region zurückstehen, die seit Jahren unter den wahrscheinlich schlechtesten Landstraßen in ganz NRW zu leiden hat. Während Kommunen an Bundesstraßen davon profitieren, dass diese Straßen überwiegend in ordentlichem Zustand gehalten werden, ist gerade eine Kommune wie Medebach, durch deren Stadtgebiet keine Bundesstraße führt, besonders auf ordentlich ausgebauten Landstraßen angewiesen.



Dass man gerade diese Maßnahme zurückgestellt hat, ist für die Medebacher SPD vollkommen unverständlich und zeigt einmal mehr, welchen Stellenwert Medebach offenbar bei der schwarz-gelben Landesregierung hat.

So hätte man für das Kyrill-Soforthilfeprogramm Straßenbaumaßnahmen z.B. im Ruhrgebiet zurückstellen können, die weniger vom Kyrill betroffen waren und über insgesamt bessere Straßenzustände verfügen als Medebach.

Schließlich hätte man angesichts der gestiegenen Steuereinnahmen des Landes erwarten können, dass das Land die Schäden, die der Jahrhundert-Sturm Kyrill an vielen Landstraßen angerichtet hat, über einen Nachtragshaushalt aus Steuernehmereinnahmen finanziert hätte. Auch standen nicht unerhebliche Mittel zur Verfügung, die auf Grund des milden Winters beim Räum- und Streudienst eingespart worden sind.

Laut Informationen vom Landesbetrieb Straßen in Meschede soll der Ausbau des Teilabschnitts vom Schlossberg nach Medebach nun im Frühjahr 2008 erfolgen. Bleibt zu hoffen, dass nicht wieder etwas dazwischen kommt. Als Ausgleich für die ungerechtfertigte Verschiebung fordert die Medebacher SPD vom Land, den ebenfalls dringend notwendigen Ausbau der L 740 Richtung Gewerbegebiet (einschl. Geh-/Radweg) bevorzugt anzugehen.

Rettungsdienst rund um die Uhr in Medebach

Die schon seit Jahren von uns geforderte 24 Stunden Besetzung des Rettungswagens in Medebach nimmt konkrete Formen an.

Im Rettungsdienstbedarfsplan des Hochsauerlandkreises schlägt die Firma Forplan jetzt vor, die Rettungswache Medebach rund um die Uhr zu besetzen.

Somit steht nun auch offiziell fest, dass für eine solche Einrichtung konkret Bedarf besteht.

Der Medebacher SPD und den Bürgern war dies schon lange klar. Leider mussten erst wieder einige Jahre vergehen, bis man dies auch an anderer Stelle erkannt hat. Bleibt nun noch die Frage des Standorts der Rettungswache offen.

Die Medebacher SPD hat sich in der Ratssitzung im September eindeutig für den jetzigen Standort an der Feuerwehrwache Medebach ausgesprochen. Die Medebacher Verwaltung schlägt indes den Bungalowpark Orketal und der Hallenberger Ratgar Medelon als

zukünftigen Rettungswachenstützpunkt vor.

Medelon ist aus unserer Sicht nicht mehr vertretbar, da dies eine massive Verschlechterung für die Grafschaft darstellt. Gerade auch unter dem Aspekt, dass sich beim Wochenendnotdienst der Hausärzte durch die Zusammenlegung der Städte Hallenberg, Medebach und Winterberg, eine deutliche Verschlechterung der Versorgung erge-



ben hat, wird eine schnelle Hilfe durch den Rettungsdienst in Medebach rund um die Uhr wichtiger denn je.

Die SPD Medebach wird sich auch weiterhin für die Sicherheit unserer Bürger durch Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst stark machen

SPD Medebach jetzt auch im Internet !

Unter www.spd-medebach.de liefert die Homepage der Medebacher SPD Informationen über den Ortsverein und die Ratsfraktion. Im Archiv sind u.a. alle bisher erschienenen rot-dorn-Ausgaben hinterlegt.

Die Homepage wird in den nächsten Monaten weiter ausgebaut, u.a. sollen aktuelle Informationen aus dem Ortsverein und der Ratsfraktion eingestellt werden.

Ein Diskussionsforum ist nicht geplant, da eine solche Plattform nicht für sinnvoll angesehen wird.

Wer im Glashaus sitzt ...

Im Juli hat die Stadt alle Grundstückseigentümer am Glindfelder Weg angeschrieben und sie auf die Straßen- bzw. Gehwegs-Reinigungspflicht hingewiesen.

Angeblich sein Hinweise aus der Bevölkerung und von Gästen an die Stadtverwaltung herangetragen worden, wonach einige Grundstückseigentümer ihren Pflichten zur Reinigung der Straße und des Gehweges nicht ausreichend nachkommen würden.

Unter Beifügung der Straßenreinigungssatzung wurden die Grundstückseigentümer aufgefordert, die Straßen- bzw. Gehwege regelmäßig zu säubern, damit sich Medebach auch in Zukunft als freundliche und

saubere Stadt für ihre Einwohner und Gäste präsentieren kann.

Schaute man sich nun den Glindfelder Weg genauer an, konnte man feststellen, dass es sich bei den angeblich nicht ordnungsgemäß gereinigten Straßen und Gehwegen fast ausschließlich um Unkraut am Fahrbahnrand handelte, das in diesem Jahr wegen des vielen Regens verstärkt gewachsen war. Die meisten Anlieger des Glindfelder Weges haben dieses Unkraut daraufhin auch schnell beseitigt.

In dem Bereich des Glindfelder Weges, für den die Stadt selbst die Reinigungspflicht hat, wuchert das Unkraut jedoch weiter munter vor sich hin.



(Glindfelder Weg in Höhe des städtischen Grundstücks im September 2007)

Der Kommentar

Über den geplanten Rathausneubau ist in den vergangenen Monaten umfangreich berichtet und geschrieben worden - nachfolgend eine kritische Bewertung aus unserer Sicht.

Einleitend sei noch einmal angemerkt, dass die SPD-Fraktion aus Kostengründen gegen einen Neubau auf dem Trümmergrundstück am Marktplatz votiert hat. Nach ihren Einschätzungen wäre ein Neubau am bisherigen Standort wesentlich günstiger zu realisieren gewesen. Für den bisherigen Standort sprachen auch die ausreichend vorhandenen Parkplätze und der vorhandene Hansesaal. Jetzt droht das eigentlich vorwiegend für Bürger und Gäste gedachte Parkhaus wohl zur Parkgarage für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu werden.

Man hätte ja eigentlich auch damals schon die Bürger fragen können, welchen Standort sie bevorzugen, aber damals war die CDU-Ratsmehrheit noch entscheidungswillig. Dann kam der leidige Architektenwettbewerb, den man sich eigentlich hätte schenken können. Oder man hätte zumindest klare Vorgaben machen sollen, was man denn haben möchte (z.B. kein Flachdach). Aber nein, man wollte die Architekten ja nicht einschränken. Dann darf man sich aber auch nicht wundern, wenn das heraus kommt was heraus gekommen ist.

Und dann kommt die Sternstunde der CDU-Mehrheitsfraktion, die es in der Hand hatte sich mit ihrer Mehr-

heit für einen Entwurf zu entscheiden. Aber die hat durch kritische Stimmen u.a. auch in der Einwohnerversammlung kalte Füße bekommen und wollte nun nicht mehr entscheiden und so kam man im Rat auf die Idee - lassen wir die Bürger entscheiden. Ein Vorschlag, der auch bei den anderen Ratsfraktion auf Sympathie stieß. Ein freiwilliger Bürgerentscheid kommt gut an, die Bürger können direkt mitentscheiden und müssen dann die Entscheidung auch mit verantworten, mag sich mancher gedacht haben.

Dann haben die Bürger entschieden - aber offenbar nicht so wie man es gern gehabt hätte.

So war die „Wahlbeteiligung“ (28%) recht gering und gewählt haben die Bürger auch nicht den „Siegerentwurf“ und dann wurde auch noch der teuerste Entwurf gewählt, aber dafür nur mit 37 Stimmen Vorsprung.

Was nun tun - sich über das herbeizitierte Bürgervotum hinweg setzen? Unmöglich - die Glaubwürdigkeit von Rat und Verwaltung wären gänzlich ramponiert. Also eine Vergabe an den Sieger des Bürgerentscheids - aber wäre die Stadt nach dem Architektenwettbewerb nicht verpflichtet, den Zuschlag zu-

mindest einem der 3 Siegerentwürfe zu geben? Nun kam der Einspruch des Siegers des Architektenwettbewerbs, der eine Vergabe an den Sieger des Bürgervotums nicht akzeptieren will.

Wie geht es nun weiter, die Klage des Architekten liegt nun schon beim Oberlandesgericht Hamm !?

Welche Entschädigung wird er als Schadenersatz wohl bekommen?

Eine Auftragsvergabe des Architektenauftrags rückt in immer weitere Ferne. Droht die Sache zu einer unendlichen Geschichte zu werden? Und sollte der Auftrag dann irgendwann vergeben werden, wird der Siegerentwurf des Bürgerentscheids, wie von der Architektin noch vor dem Bürgerentscheid versprochen, wirklich günstiger realisiert??

Wer trägt nun die politische Verantwortung für die verfahrenere Situation? Auch wenn es bei den verschiedenen Abstimmungen unterschiedliches Mitstimmen der anderen Fraktionen oder verschiedener Ratsmitglieder gegeben hat. Die CDU war auf Grund ihrer Stimmenmehrheit die einzige Fraktion, die für klare Verhältnisse hätte sorgen können. Ihr Zaudern nach dem Architektenwettbewerb, kommt die Bürger möglicherweise teuer zu stehen.